

19 DEZ 1962

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/254

Bonn, den 19. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Mikojan und die Deutschen</u>	59
	Das antideutsche Trauma der Sowjets Von Stephan G. Thomas Leiter des Ostbüros der SPD	
3	<u>Pompöser Abschied</u>	25
	Immer wieder Franz Josef Strauss	
3	<u>Kennedy und Macmillan</u>	23
	'Keine weihnachtlich fröngestimmte Begegnung	
4	<u>Belgrad bleibt sachlich</u>	48
	Auch nach dem Überfall auf die jugoslawische Vertretung - keine antideutsche Propaganda Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	
	<u>Berlin und Deutschland - vom Ausland gesehen (III und Schluss)</u>	
5 - 6	<u>Zu allererst Prestigeangelegenheit</u>	48
	Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	
6 - 7	<u>Keine Panik wegen der Berlin-Krise</u>	54
	Von Bruno Kuster, Genf	
7 - 8	<u>Das Selbstbestimmungsrecht verwirklichen !</u>	68
	Von Dr. Basil Mathiopoulos	

## Mikojan und die Deutschen

Von Stephan G. Thomas  
Leiter des Ostbüros der SPD

Aus New York kam in diesen Tagen eine seltsame Kunde. Ein führender Sowjetmensch, Mikojan, hat im Kreis bedeutender Persönlichkeiten aus den Vereinten Nationen schlecht über die Deutschen geredet. Er warnte "pered niesprawimymi Nemzami" (vor den unverbesserlichen Deutschen) und erklärte auf die Frage, ob er nur die Westdeutschen meine: Nein, auch die in der "DDR" seien nicht besser. Er, Mikojan, meine alle Deutschen.

Man könnte diese Äußerungen des ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Mikojan, als eine zufällige Entgleisung ansehen und damit abtun. Es besteht jedoch Anlaß, diese anti-deutsche Haltung eines führenden Sowjetmenschen etwas ernster zu nehmen, weil sie von neuem jene negative Einstellung offenbart, die in den vergangenen Jahren wiederholt bei internationalen Begegnungen auf sowjetischer Seite gegenüber dem deutschen Volk festgestellt werden konnte.

Kurz gesagt: Es handelt sich um einen antideutschen Traumakomplex, der vielschichtig ist und in sowjetischen Erfahrungsbereich auf Lenin zurückgeht, dessen Oktoberumsturz 1917 auf der Wunschvorstellung einer kommunistischen Revolution in Deutschland basierte. Stalin glaubte dann nach 1945, in Deutschland die am weitesten nach Westen vorgeschobene Sowjetbasis aufbauen zu können. Chruschtschow steht an der Wende 1962/63 in der Zone Ulbrichts vor dem Trümmerfeld der sowjetischen Machtillusionen in Deutschland. Wenn ein so stark wirtschaftlich orientierter Pragmatiker wie Mikojan an Ulbricht und die Sowjetzone denkt und die dortige Entwicklung mit dem demonstrativen Wohlergehen der Bundesrepublik vergleicht, dann kann das zu einem eigenartigen Gemisch von Wut und Bewunderung führen und jene Entgleisungen erklären, die sich Mikojan geleistet hat. Aber dieser Aspekt ist nur eine Seite des antideutschen Traumas.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, dass es noch andere, und wie es scheint, gefährlicher wirkende Triebkräfte in diesem antideutschen Komplex gibt. Wir meinen jenes Ressentiment, das sich aus der Identifizierung des deutschen Volkes mit der Naziepoche und den barbarischen Verbrechen aus jener Zeit ergibt, die in deutschen Namen verübt worden sind. Wir wissen aus einer schmerzlichen Erfahrung, daß überall dort, wo diese Verbrechen an den Völkern in Europa, vor allem an dem slawischen und dem jüdischen Volk begangen worden sind, bis jetzt in der Welt nicht vergessen wurden und noch für eine geraume Zeit nicht vergessen werden können. Diese furchtbaren Erinnerungen werden von der kommunistischen Propaganda immer wieder für Diffamierungszwecke mißbraucht, und genau das hat auch Herr Mikojaan diesmal in New York wieder versucht.

Dabei wird auf sowjetischer Seite die Entwicklung ignoriert, die sich im deutschen Volk seit 1945 nachweisbar vollzogen hat und zur Ausformung einer lebendigen Demokratie führte, die sich gerade in den vergangenen Wochen in der Bundesrepublik gut bewähren konnte. Man ignoriert auf sowjetischer Seite ebenfalls das neue Gesichtsbild, das sich die junge Generation in Deutschland schafft und das eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit in Deutschland unmöglich macht. Es ist an der Zeit - 17 Jahre nach 1945 - daß die sowjetische Führung diese Entwicklung in Deutschland zu erkennen beginnt und daraus realistische Folgerungen zieht.

Das deutsche Volk und die deutsche Demokratie sind heute weder mit dem Stalinisten Ulbricht noch mit irgendwelchen Hitlerepigonen identisch, die an der politischen Peripherie als unbedeutende Sekten vegetieren. Je schneller man das in Moskau im Interesse einer deutsch-sowjetischen Verständigung begreift, desto größer ist die Hoffnung, daß chauvinistische Diffamierungsversuche à la Mikojaan in Zukunft unterbleiben.

+ + +

Pompöser Abschied

sp - Der Vorgänger des noch amtierenden, doch zum Rücktritt gezwungenen Verteidigungsministers Franz Josef Strauss, der vom Glück wahrlich nicht verfolgt wurde, hat, als er seinen Sessel den Bajuwaren abtreten mußte, stillen Abschied genommen. Ihm wäre es gar nicht eingefallen, ein Abendessen mit großem Zapfenstreich zu veranstalten, obwohl auch er seine unstreitbaren Verdienste beim Aufbau der Bundeswehr hat. Blank mußte vom Nullpunkt anfangen. Doch Strauss hielt es anders. Ein großer Zapfenstreich muß her, die in der Bundesrepublik stationierten Oberbefehlshaber der Verbündeten, die Militärattachés der diplomatischen Vertretungen, die Inspektoren und die Kommandierenden Generale der Bundeswehr wurden zum Köln-Bonner Flugplatz Wahn zur Abschiedsfeier gebeten. Nichts gegen Zapfenstreiche - aber, so ist wohl zu fragen - ausgerechnet beim Abschied eines Ministers, der sich neben seinen von niemandem bezweifelte Qualitäten auch durch Skandale einen Namen gemacht hat? So mancher General atrete auf, als er vernahm, daß sein Chef nicht mehr Strauss heißen würde, ist ihm doch ein Alpdruck genommen worden. Wollte Strauss durch diese pompöse und nach Meinung vieler Bundesbürger kostspielige und überflüssige Abschiedsfeier in Erinnerung bringen, daß er sich weiter in Sachen Bundeswehr bereithalten will? Die parlamentarische Opposition wird hier auf der Hut sein, sie blieb auf der Abschiedsfeier demonstrativ fern. Ein anderer Mann als Strauss würde es als ein Gebot der Klugheit halten, zunächst einmal still zu sein und in sich zu gehen. Er hat die Bundesrepublik in eine gefährliche, ihre Wurzeln berührende Krise gestürzt, und mit dem Scherbenhaufen, den er hinterläßt, werden wir alle zusammen noch viel zu tun haben. Dieser Mann bleibt auch nach seinem unfreiwilligen Abgang ein bedrückendes Fragezeichen unserer Politik. Diese Feststellung entspricht nicht einem Haßkomplex, wohl aber der Pflicht zur Wachsamkeit.

+ + +

Kennedy und Macmillan

sp - Über der Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten Kennedy und dem britischen Ministerpräsidenten Macmillan auf den Bahama-Inseln liegt zwar kein Unstern, wohl aber eine tiefgehende Verstimmung. Worte der Ungeduld, der Warnung und der Enttäuschung waren aus der letzten am Vorabend der Begegnung gehaltenen Kennedy-Rede im USA-Fernsehen herauszuhören. Ohne Umschweife sagte Kennedy, was er von dem Wunsch europäischer Länder, sie mit Atomwaffen und Trägerraketen auszustatten, halte: nämlich nichts. Er sieht darin keine Verstärkung der westlichen Positionen, ja sogar eine lebensbedrohende Schwächung. Auf die von ihm in unmißverständlicher Klarheit gestellte Frage, wie Sicherheit geschaffen werden solle, wenn es zehn Atomkräfte gäbe, die ihre Waffen bei unterschiedlichen Umständen abzufeuern bereit seien, wird man vergeblich nach Antwort suchen. Diese gibt es nicht. Die Entscheidung über Leben und Tod von Hunderten Millionen Menschen kann auf westlicher Seite nur in einer Hand bleiben - in der Hand der Vereinigten Staaten. Der britische Ministerpräsident wird diese für ihn unangenehme Wahrheit direkt von Kennedy erfahren und mit der schmerzlichen Gewißheit nach Hause kehren, daß der Traum seiner Regierung, mit amerikanischer Unterstützung eine unabhängige Atomkraft zu werden, nicht in Erfüllung geht. Großbritannien und andere von Atomergoß erfüllte Regierungen müssen sich andere Wege überlegen, um ihre Gewichte zur Geltung zu bringen. Bestehen sie weiter darauf, eigene Abschreckungswaffen zu entwickeln, riskieren sie die Möglichkeit einer Isolierung von den Vereinigten Staaten. Wäre das ein nicht zu hoher Preis?

+ + +

Belgrad bleibt sachlich

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Analysiert man alle Elemente der jugoslawischen Reaktion anlässlich des Überfalls auf die ehemalige jugoslawische Botschaft in Bad Godesberg, läßt sich trotz der Entschiedenheit, mit der Belgrad eine zufriedenstellende Regelung dieser Frage anstrebt, die außerordentliche Sachlichkeit nicht übersehen. Die Protestnote an Bonn stellt die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit für das Attentat in den Vordergrund. Vorwürfe an die deutsche Adresse beziehen sich ausschließlich auf eine gewisse offiziöse Toleranz, die antijugoslawische Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad genießen. Unter Berufung auf die 1953 offiziell von der deutschen Regierung geäußerte Ansicht, daß die Tätigkeit dieser Organisationen mit der Rechtsordnung und Verfassung der Bundesrepublik unvereinbar sei, hat Belgrad insofern nicht geschickt agiert, als es in erster Linie nur das verlangt, was Bonn selbst als seine Pflicht zugestanden hat.

Das Verbot der antijugoslawischen Emigrantenorganisationen durchzusetzen, ist das politische Hauptanliegen, das Belgrad nach dem Überfall auf die jugoslawische Vertretung erreichen möchte. In offiziellen Belgrader Kreisen läßt man keinen Zweifel, daß man diese Frage zu einem Prüfstein für die zukünftige Gestaltung des Bonn-Belgrader Verhältnisses machen will.

Die in der jugoslawischen Protestnote zur Schau gestellte Sachlichkeit beherrschte auch die jugoslawische Presse. Sogar nach der bedauernden Todes des Botschaftsangestellten Momcilo Popovic waren unmittelbar an antideutsche Ressentiments appellierende Formulierungen äußerst selten. Die Belgrader Bestattungsfeierlichkeiten, bei denen es vielleicht zu Demonstrationen vor dem Gebäude der ehemaligen deutschen Botschaft hätte kommen können, wo noch heute unter französischer Schirmherrschaft der konsularische Restbestand der Botschaft weiterarbeitet, verliefen ohne jeden Zwischenfall. Alle Redner mahnten zur Ruhe und Würde. Eventuelle Demonstrationen sollten durch ein enormes Polizeiaufgebot in Schach gehalten werden. In den kritischen Stunden war selbst das Passieren in den Nachbarstraßen zum Botschaftsgebäude nicht gestattet. Neben dem Ziel, unerwünschte Demonstrationen zu vermeiden, war das weitgehende Anliegen unmißverständlich: Bonn eine Lektion zu erteilen, daß Aktionen selbst aufgebrachter Volksmassen verhindert werden können, geschweige denn kleiner Emigrantengruppen.

Die Ursachen dieser durch Vorsicht und Sachlichkeit bestimmten Einstellung mögen in erster Linie in Belgrads bisher noch unbeantworteter bzw. sich gerade schüchtern anbahnender Kontaktsuche mit der EWG zu sehen sein. Eine zusätzliche Belastung des durch das Nichtbestehen diplomatischer Beziehungen bereits erschwerten Verhältnisses muß in diesem Lichte mehr als unerwünscht erscheinen. Dieser Kurs unterscheidet sich auffallend von der gerade vergessenen antideutschen Polemik Belgrads, die bis Ende vergangenen Jahres andauerte. Die Fortsetzung dieses Kurses, die sich trotz des Überfalls in Bad Godesberg noch abzeichnet, könnte wohl nur durch eine allzu abweisende Behandlung der Belgrader Forderungen gefährdet sein.

Berlin und Deutschland - vom Ausland gesehen (III)

Zu allererst Prestigeangelegenheit

Von unserem Korrespondenten in Jugoslawien, Harry Schleicher

Es ist nur allzu verständlich, daß die stark von der offiziellen Politik beeinflusste öffentliche Meinung in Jugoslawien den seit einiger Zeit zu beobachtenden Wechsel Belgrade in der Deutschlandpolitik getreu mitvollzogen hat. Seitdem die politischen Angriffe auf die Bundesrepublik eingestellt worden sind, ist auch in der hiesigen Presse das bis dahin vorherrschende Bild etwas zurückgedrängt worden, daß die Bonner Regierung einer der Hauptstörenfriede bei der Lösung des Berlin-Problems sei.

Völlig ist damit jedoch der Eindruck nicht verwischt worden, daß Bonn eine Regelung des schwierigen Deutschland- und Berlinproblems hintertreibt. Dies liest man nicht nur zwischen den Zeilen der Tagespresse deutlich und oft genug. Ebenso wie in letzter Zeit die stets vorhanden gewesenen Überzeugungen nur noch gestärkt worden sind, jede einseitige Maßnahme sei schädlich, die den gegenwärtigen Status in Berlin gewaltsam zu verändern suche, ist man auch umgekehrt der Meinung, es könne nur von weltpolitischer Nachteil sein, wenn sich eine Seite gewaltsam der Verwirklichung gewisser hier als legal angesehenen Rechte der anderen Seite widersetzt.

Und ebenso verstehen weite Kreise die außenpolitische Aktivität Bonns als Versuch, jeden Anspruch Mitteldeutschlands, sich der Weltöffentlichkeit als souveräner Staat zu präsentieren, in Keime zu ersticken. Da man hierin im Einklang mit der durch das offizielle Belgrad vollzogenen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR in erster Linie ein juristisches und Prestigeproblem und nur bedingt ein politisches Problem mit all seinen Konsequenzen sieht, ist das Unverständnis gegenüber der bundesdeutschen Politik offiziell verbreitet und von der Presse genährt.

Gerade der hier deutlich gesehene Zusammenhang zwischen Deutschland- und Berlinproblem macht es den hiesigen Menschen schwer, zu begreifen, warum unter den vielen in letzter Zeit gemachten Lösungsvorschlägen ein westdeutscher Beitrag fehlt. Nicht selten wird diese Initiativlosigkeit als fester Bestandteil der "Bonner Politik der Stärke" gewertet.

Keine Sympathien für Ulbricht

Zwar hat man hier auch über die Folgen der Errichtung der Berliner Mauer einige Vorstellungen, mag man sie vielleicht auch nicht so unmittelbar begreifen wie einst den ununterbrochenen Flüchtlingsstrom von Ost nach Westdeutschland, über den die hiesigen Zeitungen wiederholt berichteten. Als Triumph Ulbrichts hat die Errichtung der Mauer hier jedoch niemand empfunden. Andererseits konnten sich die jugoslawischen Kommunisten über die Blamage eines ihnen ideologisch nahe- und letztlich doch nicht nächstehenden Systems umso leichter hinwegsetzen, als die Sympathien für Ulbrichts System hier nie sehr verbreitet gewesen sind. Daß man jedoch die ideologischen Aspekte nicht völlig ausklammern kann, wird klar, wenn man von Berlin vorwiegend als "Prestigeproblem" spricht. Stärker jedoch hat sich in der öffentlichen Meinung der Eindruck eingeprägt, daß es im Falle Berlins letztlich doch um ein Streitobjekt zweier politischer Weltblöcke geht. Da in diesem Zusammenhang die Überzeugung verbreitet ist, daß Berlin

heute strategisch-militärisch weder der einen noch der anderen Seite allzu große Vorteile bietet, wundern sich viele Jugoslawen umso verständnisloser darüber, daß nur schon seit vier Jahren dieses Damoklesschwert auch drohend über den nicht unmittelbar an Berlin interessierten europäischen Nationen schwebt, ohne daß es bisher beseitigt werden konnte.

+ + +

### Keine Panik wegen der Berlin-Krise

Von Bruno Kuster, Genf

Will man ergründen, wie die schweizerische Bevölkerung über die Berlin- und Deutschlandkrise denkt, bleibt - da es, abgesehen von den Zeitungen, an öffentlichen Äusserungen fehlt - nur eine indirekte Methode der Meinungsforschung übrig, nämlich die Feststellung, daß es keinerlei Anzeichen einer Panik, einer akuten Kriegsangst und entsprechender Abwehrreflexe gibt. Das bedeutet allerdings nicht, daß die Freiheit Berlins die schweizerische Bevölkerung gleichgültig läßt. Die Empörung über die Schandmauer ist so allgemein wie die Ablehnung des Ulbricht-Regimes, die sogar bis weit in die Reihen der winzigen kommunistischen Partei der Arbeit hinein beobachtet werden kann. Aber die harten Erklärungen hüben und drüben vermochten das Gefühl nicht zu beseitigen, daß die Suppe auch diesmal nicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde. Ist das die verhängnisvolle Folge jahrelanger Abhärtung gegenüber kriegerischen Drohungen? Diese abwartende Zurückhaltung mit Gleichgültigkeit gleichzusetzen, wäre jedoch ein grober Fehler.

Falls die Presse als Stimmungsthermometer angesprochen werden darf, ist auffällig, daß redaktionelle Stellungnahmen zum Deutschlandproblem in letzter Zeit keineswegs besonders häufig sind. Den Ereignissen im Jemen, der französischen Verfassungskrise, dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt und der amerikanisch-kubanischen Spannung wurde zumindest die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt, wenn auch nicht die gleiche Bedeutung zugemessen.

### Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft

Der Bonner Korrespondent der Basler "National-Zeitung" bedauert, daß der Westen auch in der gegenwärtigen Verhandlungsphase in der Defensive bleibt, was in Westberlin zu einer gefährlichen Erbitterung führt. Es sei betrüblich, daß Adenauer "auch keinen der vorsichtigen SPD-Vorschläge zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Bundestag, Bundesregierung und Westberliner Senat" aufgenommen hat. Der Bundeskanzler habe "alles andere als den Eindruck eines beweglichen Staatsmannes" hinterlassen.

Auch die "Tribune des Genève" glaubt, feststellen zu können, daß Ulbrichts Ton in der Frage des Separatfriedens merklich vorsichtiger und zurückhaltender geworden ist, da der Krenl offenbar noch keinen Zeitpunkt für die Unterzeichnung festgesetzt habe. Im gleichen Sinne urteilt die "Neue Züricher Zeitung", die der Auffassung ist, Moskau versuche, auf dem Verhandlungswege weiterzukommen, nachdem es ihm offenbar nicht gelungen ist, andere als kommunistische Regierungen zur Unterzeichnung des Separatfriedens zu bewegen. Die gefürchtete Kraftprobe scheine deshalb auf jeden Fall um eine Weile hinausgeschoben worden zu sein. Dennoch

sei es nicht nutzlos gewesen, daß die Amerikaner die "Sturmsignale" aufgezogen hätten.

Die "Gazette de Lausanne" glaubt zu wissen, daß die Amerikaner dem Bundeskanzler die Zustimmung zur Einsetzung einer internationalen Behörde, der die Kontrolle über die Zugangswege nach Westberlin übertragen werden sollten, abgerungen hätten. Die gleiche Vermutung findet sich auch in "La Suisse", die zudem von Gerüchten über geheime Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow über den von Ulbricht gewünschten 3,5 Milliarden-Kredit spricht; Ulbricht biete als Gegenleistung eine Entspannung auf den Zufahrtswegen und an der Schandmauer, an deren Füsse indessen die Spannung weiter ansteige.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß man in der Schweiz erstens den unmittelbaren Ausbruch einer schweren Krise im allgemeinen nicht für wahrscheinlich hält. Zweitens, daß die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft sind, und drittens mahnen sich die Stimmen, welche die Unbeweglichkeit und Phantasielosigkeit der westlichen Diplomatie bedauern, die seit Jahren Moskau den Vortritt läßt. Warum eigentlich?

+ + +

### Das Selbstbestimmungsrecht verwirklichen !

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Das griechische Volk sieht die Berlin-Frage vor allem im Zeichen des politischen Selbstbestimmungsrechts, das auszuüben einer Bevölkerung von über zwei Millionen Menschen verwehrt wird. Schon während der Zeit der Blockade und durch alle schicksalsschweren Krisen der Stadt hindurch hat man in der griechischen Presse immer die Berlin-Frage unter diesem Blickwinkel kommentiert. Und diese Kommentare spiegeln die Meinung der griechischen Öffentlichkeit wider.

Das griechische Volk liebt seit jeher die Freiheit und tritt für ein politisches Selbstbestimmungsrecht ein; dies nicht nur, weil im Schatten der Akropolis die Prinzipien der Demokratie und der Freiheit des Individuums geboren wurden, sondern auch, weil die Griechen selbst in neuerer Zeit das Joch einer vierhundertjährigen Fremdherrschaft in blutigen Freiheitskämpfen abschütteln konnten. In der Revolution des Jahres 1821 brach sich dieser Widerwille gegen den damals herrschenden Geist der Heiligen Allianz in Griechenland als dem ersten aller Balkanstaaten Bahn und in der ersten Nationalversammlung im Januar 1822 bekannte sich das griechische Volk vor Gott und den Menschen zum Recht der politischen Selbstbestimmung. Während der Balkankriege 1912 - 1913 kämpften die Griechen für die Befreiung immer noch unterjochter Teile des Landes. Im zweiten Weltkrieg wehrte sich Griechenland ganz allein sechs Monate lang gegenüber dem italienischen Faschismus. Und vor kurzem traten die Griechen für das Selbstbestimmungsrecht des griechisch-zyprischen Volkes ein.

Dieser traditionsreichen Haltung, die als Leitgedanke die griechische Aussenpolitik seit der Befreiung des Landes im Jahre 1830 bis heute bestimmt - nicht als chauvinistisch-nationalistische Idee, sondern als Forderung der Befreiung besetzter griechischer Gebiete - entspricht, daß das griechische Volk, ob politisch links oder rechts stehend, die Berlin-



Frage unter dem Gesichtspunkt des allgemeinen Menschenrechts der freien politischen Selbstbestimmung betrachtet.

So verfolgen die Griechen als ein kleines, den Frieden liebendes Volk im Süd-Osten Europas mit wachem Interesse die Entwicklung der Lage in Berlin. Allgemein wünscht und hofft man, eine friedliche Lösung möge sich finden lassen, die nicht mit Konzessionen in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Westberliner Bevölkerung erkaufte werden muß. Die Berichte aus Berlin - besonders seit der Krise im November 1958 - lieferten Schlagzeilen für die griechischen Zeitungen. Obwohl Berlin verhältnismäßig weit von Griechenland entfernt liegt, und die griechische Presse verständlicherweise ihr Interesse in gesteigertem Maße den Vorgängen im östlichen Mittelmeer und auf dem Balkan zuwendet, liest man des öfteren in den bedeutendsten Zeitungen Athens und Salonikis Leitartikel, die sich mit der Berlin-Frage in genau der geschilderten Weise beschäftigen. Es wurde sogar geschrieben, Berlin und die Berlin-Frage bildeten eine der wichtigsten Komponenten des Weltfriedens.

#### Berlin - Bollwerk der Freiheit

Die überwältigende Mehrheit des griechischen Volkes genauso wie Regierung und Opposition sind also hinsichtlich Berlin einer Meinung. Daher war man allgemein sehr überrascht, als Anfang Januar dieses Jahres in der der Regierung nahestehenden Zeitung "Kathimeriki" in Athen ein Beitrag erschien - als Verfasser zeichnete "ein Diplomat", indem in etwas verschleiorter Form der Auffassung Ausdruck gegeben wurde, der Westen werde sich langsam mit dem Gedanken von Konzessionen zur Lösung der Berlin-Frage abfinden müssen. Dieser Beitrag wurde dem griechischen Außenminister Averoff zugeschrieben. Er dementierte dies zwar, und das Dementi wurde in sämtlichen Zeitungen veröffentlicht, nur in der Zeitung "Kathimerini" selbst nicht. Dort las man aber einige Zeit darauf einen Artikel, der "ein alter Diplomat" unterzeichnet war und von einem bekannten Mitarbeiter der Zeitung stammte, dem heutigen Handelsminister und ehemaligen Außenminister Pipinellis. In seinem Beitrag bekannte er sich zu einer völlig entgegengesetzten Auffassung: Berlin sei nach wie vor ein Bollwerk der westlichen Freiheit gegenüber dem Osten. Der Außenminister Averoff hat im September dieses Jahres vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht der Berliner Bevölkerung und der Deutschen überhaupt plädiert.

Griechische Politiker, Wissenschaftler und Künstler, die in den letzten Jahren Berlin und die Bundesrepublik besuchten, konnten immer wieder feststellen, daß die deutsche Bevölkerung dem griechischen Volk echte Sympathie entgegenbringt, was den traditionell herzlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern aus der Wienerer Zeit und früher entspricht.